

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/131  
12. Juli 1973

Ein Vorbild für die Lebenden

---

Fritz Erler wäre am 14. Juli 60 Jahre geworden

Von Helmut Schmidt MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Die Chance der Rückkehr

---

NRW-Erfolge bei der Straffälligen-Resozialisierung

Von Dr. Diether Posser  
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Die Koexistenz auf deutsch

---

Anmerkungen zum Problem Bonn und Ostberlin

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 122 406  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telefax: 895 846 / 895 847/  
890 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Vorbild für die Lebenden

Fritz Erler wäre am 14. Juli 60 Jahre geworden

Von Helmut Schmidt MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Fritz Erler wäre am 14. Juli 60 Jahre geworden. Sechs Jahre nach seinem Tode erinnert uns dieses Datum an den bedeutenden Verlust, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Bundesrepublik Deutschland im Februar 1967 erlitten haben. Denn Fritz Erler hatte Maßstäbe gesetzt, und bleibt ein Vorbild: für die Berufung zur Politik wie für den Beruf des Politikers.

Die deutsche Sozialdemokratie gestaltet heute verantwortlich das Schicksal unseres Landes. Dies war ein Ziel, für das Fritz Erler nach dem Kriege zwei Jahrzehnte lang und davor schon zwei weitere Jahrzehnte unter ganz anderen Voraussetzungen gekämpft hat. Immer hat er sich leidenschaftlich gegen jeden Versuch gewandt, die Sozialdemokraten an den Rand des Staates zu drängen. Seine lebenslange Arbeit ging für ihn selber nicht mehr in Erfüllung.

Aber wir Heutigen, die ihn gekannt und geliebt, mit ihm gekämpft und gestritten haben, haben uns an seiner Urteilskraft und an seinem Führungswillen orientiert. Wir lernten von der Klarheit seines Intellekts und der Überzeugungskraft seiner Argumente: wie er selber von anderen großen Sozialdemokraten Impulse und Ideen empfangen hatte.

Seine vielfältige Erfahrung auf weitesten Gebieten der Politik hatte Fritz Erler zu einem glänzenden Parlamentarier werden lassen; er wäre ein hervorragender Staatsmann geworden, wenn ihn die Krankheit nicht viel zu früh aus dem Leben gerissen hätte. Max Webers vielzitiertes Wort über Leidenschaft, Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß, die ein Politiker benötige, kommt mir in der Erinnerung an Fritz Erler immer wieder in den Sinn. Denn dies sind die Eigenschaften, die ihn in hohem Maße auszeichneten.

Sie wirkten sich in seinen Reden und Schriften aus, in denen er oft scharf und deutlich war, häufig witzig und ironisch, nicht aber verletzend, weil es ihm stets auf den Gehalt seines Wortes ankam.

Fritz Erler hatte hohe persönliche Autorität im ursprünglichen Wortsinn erworben, wie sie ja für demokratische Führer notwendig ist. In der Bundestagsfraktion und in der Partei stand er in den 50er Jahren in der vordersten Front derjenigen, die eine Erneuerung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Programmatik vorantrieben. Ohne ihn hätten wir jenen Weg nur schwer so beschritten, wie er zum historischen Parteitag 1959 in Bad Godesberg geführt hat. In seinen programmatischen Reden wird das Grundmotiv seines Lebensweges immer wieder hörbar: das Motiv vom Bürger und der Gemeinschaft, von Regierenden und Regierten.

Die Freiheit des Bürgers ist auch eine Mischung aus seinen Rechten und Pflichten. Kaum einer konnte sich vornehmer für diese Freiheit einsetzen als ein Mann wie Erler, der sein Leben lang für die Rechte anderer Menschen kämpfte, für sich selbst aber zuallererst die Pflicht gegenüber Staat und Volk als Maßstab ansah.

Seine Pflicht in der res publica zu tun, das heißt auch immer: dem Recht Geltung verschaffen. Fritz Erler hat danach gelebt und gehandelt. Wir ehren ihn in unserem Gedächtnis, wenn wir seine eigenen Worte noch einmal lesen. Zum Beispiel eine seiner letzten großen Reden auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 1966:

"Auch die demokratische Gesellschaft bedarf der Führung - in den Parteien wie im Staat. Es ist Mode, den Staat als lästig zu empfinden, obwohl wir nicht eine Minute ohne die Vielfalt seiner Funktionen existieren könnten... So muß es auch im demokratischen Staat Macht und - ich spreche diese unbequem klingende Wahrheit aus - damit auch Herrschaft von Menschen über Menschen geben. Alles andere wäre anarchistische Romantik... In der Demokratie sind Ordnung und Macht dazu da, die Freiheit zu schützen und sie nicht zu zerstören. Eine Generation, die auf Macht oder Ordnung oder gar auf beides verzichtet, zerstört sich selbst und die Freiheit dazu. Wer dem Recht keine Macht verleiht, unterwirft sich dem Recht der Macht."

(-/12.7.1973/bgy/ex)

+ + +

Die Chance der Rückkehr

NRW-Erfolge bei der Straffälligen-Resozialisierung

Von Dr. Diether Posser

Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Reform des Strafvollzuges ist eine Aufgabe, die - so sollte man meinen - mit Parteipolitik wenig zu tun hat, geht es doch darum, einer großen Randgruppe unserer Gesellschaft Hilfen und Chancen zu geben. So begrüße ich es, daß die CDU-Opposition im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen die Parlamentsferien dazu genutzt hat, sich offen zu einer Reform des Strafvollzuges zu bekennen, wie sie von der Landesregierung seit 1966 durchgeführt wird. Zu bedauern ist nur, daß die CDU gleichzeitig Vorwürfe gegen die Vollzugspolitik der Landesregierung erhebt, deren Haltlosigkeit an Hand einiger Grundzüge sozialdemokratischer Vollzugspolitik in Nordrhein-Westfalen leicht dargestellt werden kann.

Die Reform des Strafvollzuges ist nicht eine Idee von naiven Optimisten, sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die sich aus der menschlichen Verpflichtung gegenüber den Straffälligen und aus der Notwendigkeit des Schutzes der Bevölkerung vor der Rückfallkriminalität ergibt. Dabei sind wir realistisch genug, Mißerfolge einzukalkulieren, denn Menschen sind nur in begrenztem Maße beeinflussbar und wandlungsfähig. Wir können den Straffälligen nur die Chancen der gesellschaftlichen Integration geben und ihnen bei ihrer Wahrnehmung helfen. Dies, und nicht die Bestrafung des Täters durch den Vollzug, ist das Ziel der sozialdemokratischen Vollzugskonzeption.

Die Reform des Vollzuges läßt sich nicht von heute auf morgen erreichen. Sie erfordert viele kleine Schritte über einen längeren Zeitraum. Reform ist ein ständiger Wandel, der keine starre Festlegung verträgt, sondern stetige Arbeit bei gleichzeitiger Anpassung an neuere Erkenntnisse voraussetzt.

Aus diesem Grunde dürfen wir uns nicht mit dem einmal Erreichten zufriedengeben. Dies schmälert keineswegs den Wert der Leistung.

gen, die in den vergangenen Jahren erzielt worden sind. Aus dem Katalog der Reformmaßnahmen im Vollzug des Landes NRW seit 1966 greife ich einige heraus, die z.T. beispielhaft und richtungweisend auch für andere Bundesländer waren.

Die schulische und berufliche Ausbildung der Gefangenen, die für die Resozialisierung von besonderem Gewicht ist, wurde erheblich intensiviert.

Die Justizvollzugsanstalt Bochum-Langendreer wurde als Berufsförderungsstätte mit 130 Ausbildungsplätzen für erwachsene Strafgefangene ausgebaut. Im offenen Strafvollzug stehen zusätzlich Ausbildungsmöglichkeiten in über 25 (!) Berufen zur Verfügung. Auch im Jugendstrafvollzug wurde die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht, und zwar auf z.Zt. 170. In der Justizvollzugsanstalt wurde 1971 das Pädagogische Zentrum mit 95 Plätzen für solche Gefangenen eingerichtet, die den Volks- oder Hauptschulabschluß nachholen wollen. In den Justizvollzugsanstalt des Landes werden daneben jährlich etwa 120 verschiedene Kurse zur Weiterbildung der Gefangenen durchgeführt.

Wir sind mit Nachdruck bemüht, die Maßnahmen zur schulischen und beruflichen Förderung der Gefangenen weiter auszubauen.

Zur Vorbereitung der Gefangenen auf das Leben in Freiheit haben wir einen weiteren Schwerpunkt geschaffen. Dieser liegt in der Einrichtung von offenen Vollzugsanstalten, in denen 1 326 Plätze für Erwachsene und rd. 350 Plätze für Jugendstrafgefangene zur Verfügung stehen und von halboffenen Anstalten, in denen über 1 000 Plätze vorhanden sind. Kein anderes Land der Bundesrepublik hat im Verhältnis zur Gefangenenzahl so viele Plätze im offenen Vollzug aufzuweisen wie Nordrhein-Westfalen. Nicht unerwähnt bleiben darf endlich die Einführung des Auswahlverfahrens, durch das alle Gefangenen mit längeren Strafen nach kriminologischen Gesichtspunkten auf die Anstalten aufgeteilt werden. Hier gewinnen wir Erkenntnisse, die für die langfristige Planung von großem Wert sein dürften.

Unbestritten ist, daß die personelle und bauliche Situation im Strafvollzug noch verbesserungsbedürftig ist. Gleichwohl sind auch auf diesen Gebieten Erfolge unverkennbar. So ist in der Zeit von 1966 bis 1973 die Zahl der Stellen für das Vollzugspersonal von 4.104 um 1.305 auf 5.409 erhöht. In dem gleichen Zeitraum von 1966 bis 1973 wurden 2 500 neue Haftplätze geschaffen und alte Anstalten in ihrer baulichen Struktur verbessert. Mit dem Bau von drei neuen Anstalten mit 1 390 Plätzen ist vor kurzem begonnen worden.

Diese wenigen Beispiele dürften deutlich machen, auf welchem Wege und mit welchem Nachdruck die Ziele der Vollzugspolitik von der nordrhein-westfälischen Landesregierung verwirklicht werden sollen.

Weitere von der SPD verfolgte Ziele der Vollzugsreform, insbesondere die Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherung und die Zahlung von vollem Arbeitsentgelt für Gefangenearbeit, lassen sich wegen der damit verbundenen großen finanziellen Belastungen nur langfristig verwirklichen. Sie sind als Zielvorstellung aber unbestritten.

(-/ 12.7.1973/aw/ex)

Die Koexistenz auf deutsch

Anmerkungen zum Problem Bonn und Ostberlin

Das SED-Politbüro-Mitglied Professor Albert Norden, inzwischen auch schon 68 Jahre alt und einer der profiliertesten Vertreter des harten konservativen Kerns in der Ostberliner Parteiführung, hat in einer Rede am Rande der Rostocker Friedens-Ostseewoche deutlich genug erkennen lassen, in welchen außerordentlichen Schwierigkeiten sich die Regierenden und Herrschenden im zweiten deutschen Staat befinden, seit sie sich mit der anderen Seite der Medaille "internationale Anerkennung" hart und nicht mehr unausweichbar konfrontiert sehen. Prof. Norden sieht jetzt seinen Staat und dessen Gesellschaftsordnung von "Unterwanderungsversuchen" bedroht und protestiert gegen Bestrebungen, die den "sogenannten menschlichen Kontakten den ersten Rang" zuweisen und gleichzeitig "friedliche Grenzänderungen propagieren" möchten.

Vor dem Hintergrund dieser Norden-Rede, und der in ihr offenkundig werdenden Nöte und Bedrängnisse einer gewiß immer noch großen Mehrheit der SED- und DDR-Führung, bekommt die Tutzing-Ansprache des Bundesministers Egon Bahr ein noch größeres Gewicht. Er weiß aus eigener schwerer Erfahrung der letzten Jahre, warum er die Chancen der Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten mit skeptischem Optimismus betrachtet und warum er mit langen Entwicklungsabläufen, die Rückschläge nicht ausschließen, und mit der Notwen-

digkeit von behutsamen Schritten rechnet, um Umschläge zu vermeiden.

Was Bahr will, erwartet und vorschlägt, das ist Geduld, um den Erfolg nicht zu verhindern: den Erfolg der Normalisierung und der "Annäherung durch Wandel". Diese "Koexistenz auf deutsch" wird, so mahnt und warnt Bahr, "schrecklich schwierig", denn nirgendwo anders wird die "Transformation von Konfrontation zur Kooperation" so behindert sein, wie gerade zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Ostseewochen-Rede Prof. Nordens allein schon hat das übergroße Maß nur an psychologischen und Verständigungs-Hemmnissen aufgezeigt, das, eben nur Schritt für Schritt, abgebaut werden muß, bevor wir, behutsam genug, diese Transformation realisieren können.

Nichts hindert uns, zu sagen was ist und auf den Widerspruch zwischen feuernenden Maschinenpistolen und Friedensbetuerungen hinzuweisen, wenn etwa Schüsse an der Mauer fallen und Menschen getroffen werden. Unsere tägliche und stündliche Aufgabe aber ist und bleibt es umsomehr, durch ständige Bemühungen der Normalisierung den Weg zu bereiten: Schritt für Schritt. Ein Staat, der zu Europa gehört und dem durch internationale Anerkennung nicht nur große Rechte, sondern auch sehr weitreichende Pflichten übertragen worden sind, kann auf die Dauer nicht mehr im Kral von Vorstellungen leben, die Prof. Norden vertreten hat. Der Durchbruch dieser unausweichlichen und unerbittlichen Erkenntnis mag seine Zeit dauern; auch anderswo ist man aus der Isolierung des Kalten Krieges nicht allzu schnell herausgekommen. Aber der Durchbruch wird und muß erfolgen. Es gehört mit zu unseren Aufgaben, diesen Durchbruch zur Realität werden zu lassen. (ee/12.7.1973/bgy/ee)